Freitag, 28. März 2025, Rotenburg-Bebraer Allgemeine / hersfeld-rotenburg

MEHR ZUM THEMA

„Wer bestellt, der muss auch zahlen“

Nordhessische Kommunen verbrüdern sich bei Protest vor Landtag

Notruf der Kommunen: Nordhessische Bürgermeister und Landräte am Donnerstag beim Protest in der Landeshauptstadt. © Foto: Franz Viohl

Wiesbaden – Den Touristen und Schulklassen, die am Donnerstagvormittag die Wiesbadener Innenstadt besuchen, bietet sich vor der Marktkirche ein ungewöhnliches Bild: Mehr als 100 Menschen stehen dort mit Transparenten, Trillerpfeifen und Pappschildern, um lautstark für ihr Anliegen zu demonstrieren. Sieht aus wie eine ganz normale Gewerkschaftsdemo – ist aber keine. Statt Warnweste und Verdi-Logo tragen die Demonstrierenden Sakko und Lederschuhe. Versammelt haben sich Bürgermeister und Landräte aus ganz Hessen. Sie verstehen sich, dieser Ausdruck fällt immer wieder, als „kommunale Familie“. Und diese Familie ist ziemlich sauer.

Bevor es losgeht, hält Daniel Iliev mit einem Dutzend Mitstreitern ein sieben Meter breites Banner nach oben und blinzelt in die Sonne. Auf dem Banner steht, umrahmt von den Wappen nordhessischer Gemeinden, weiß auf rot: „Heute Bürgermeister, morgen Insolvenzverwalter.“ Der Satz bringt auf den Punkt, worum es den Vertretern der Kommunen geht: um scharfe Kritik an ihrer finanziellen Belastung, die aus ihrer Sicht zur existentiellen Gefahr wird. Auf einem Plakat aus dem Kreis Waldeck-Frankenberg steht eine ähnliche Warnung: „Das Maß ist voll, die Kassen leer, bald gibt es (den) Diemelsee nicht mehr.“

Iliev ist Bürgermeister der Stadt Heringen (Hersfeld-Rotenburg) und weiß, wo den Protestierenden der Schuh drückt. Er berichtet von der hohen Belastung

der Kommunen, etwa durch den Bau und Erhalt von Straßen. „Wir können unsere Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen. Aber Schlaglöcher verschwinden nicht durch Zauberei.“ Aus Sicht des Politikers könne es „keine Lösung“ sein, zur Finanzierung dieser Aufgaben „die Grundsteuer als Einnahmequelle ins Unendliche“ zu erhöhen.

Ein paar Meter weiter wird der Bürgermeister von Helsa gerade vom ZDF interviewt. „Es wird immer enger“, sagt Andreas Schönemann ins Mikro. Mit dem Glockenschlag der Kirche tritt um 11 Uhr Nicole Rathgeber vor die Protestierenden. „Das ist großartig“, sagt die Landrätin des Werra-Meißner-Kreises über die Beteiligung an der Demo. In ihrer fast 20-minütigen Rede fallen dann aber vor allem Vokabeln wie „fatal“ und „katastrophal“ – denn nun geht es um die Landesregierung.

Für ihre klammen Kassen machen die Bürgermeister vor allem zusätzliche Aufgaben durch das Land verantwortlich – vom erhöhten Personalschlüssel in Kitas bis hin zu gestiegenen Vorschriften für die schon bestehende Feuerwache. Von Neubauten ganz zu schweigen. Allerdings erhielten die Kommunen im Gegenzug nicht genügend Geld aus Wiesbaden. „Wer bestellt, der muss auch zahlen“ – dieser Satz fällt während der Kundgebung dreimal.

Gerade auf die Kinderbetreuung trifft dieser Satz für Michael Plätzer, Bürgermeister von Schauenburg (Kreis Kassel), zu. Die hohen Kosten treibe vor allem geforderte Personalgröße. „Das ist für die Qualität der Betreuung natürlich wichtig“, sagt Plätzer. Aber erstens steigere das natürlich die Ausgaben der Kommunen, und zweitens gebe es gar nicht so viel Personal.

„Da entsteht Wettbewerb zwischen den Kommunen“, sagt dazu auch Bürgermeister Thomas Rohrbach aus Niederaula (Hersfeld-Rotenburg). Er wünscht sich eine Rückkehr zur Drittelregel, bei der je ein Drittel der Kita-Kosten die Eltern, das Land und die Kommunen übernehmen. Die Elternbeiträge stagnieren, „weil man ihnen auch nicht mehr zumuten kann“, sagt Rohrbach. Der Anteil vom Land steige zwar an, aber nicht angepasst an Inflation und mehr Personal. Somit bleibe der Rest an der Kommune hängen. Solche Aussagen erregen bei den Mitgereisten die Gemüter. Zum Beispiel bei Barbara Eckes, Bürgermeisterin in Frankenberg, die an der Trillerpfeife alles gibt.

Zugehört haben nicht nur mehrere Landtagsabgeordnete, sondern auch Hessens Sozial- und Arbeitsministerin Heike Hofmann (SPD). Als Vertreterin der Landesregierung zeigt sie Verständnis für den Protest. „Es ist wichtig, die Stimmung aufzunehmen. Am Ende sitzen wir aber in einem Boot und ringen um gemeinsame Lösungen.“ Konkrete Lösungen für die Klagen der Nordhessen hat Hofmann nicht parat. Vielleicht aber die Gesprächspartner aus dem

Innenministerium, mit denen sich die nordhessischen Verwaltungschefs nach der Demo ausgetauscht haben.

FRANZ VIOHL UND
WILLIAM ABU EL-QUMSSAN